



universität
wien

An das
Präsidium des Nationalrates
sowie das
Bundesministerium für Justiz

Institut für Strafrecht und Kriminologie

Ass.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Katharina Beclin
Abteilung für Kriminologie
des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der
Universität Wien
Schenkenstraße 4
A-1010 Wien

E-Mail: katharina.beclin@univie.ac.at
Tel.: 01/4277/34624

auf elektronischem Weg
team.s@bmj.gv.at;
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 23. Mai 2014

Betreff: Stellungnahme zur geplanten Einführung eines Mandatsverfahrens
BMJ-S578.028/0001-IV 3/2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin des Nationalrates Mag.^a Barbara Prammer!
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Nationalrat!
Sehr geehrter Herr Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Brandstetter!
Sehr geehrter Herr Sektionschef Mag. Christian Pilnacek!

Aus Zeitmangel kann ich leider nur kurz zu der geplanten Strafprozessreform Stellung beziehen und beschränke mich daher auf die angedachte Einführung eines Mandatsverfahrens, die ich strikt ablehne.

- Die Verhängung von Freiheitsstrafen ist der schwerste Grundrechtseingriff, den unsere Rechtsordnung als Sanktion vorsieht. Sie sollte daher nur unter strengen Kautelen möglich sein.
Dazu gehört das **rechtliche Gehör** vor dem gesetzlichen Richter. Ich halte die Vorstellung, dass ein Richter/eine Richterin einem Beschuldigten eine Freiheitsstrafe „anbietet“, ohne ihn selbst zu dem Vorwurf vernommen zu haben, für inakzeptabel.
Ebenso wenig sollte man auf die (potentielle) **Kontrolle durch die Öffentlichkeit** verzichten, die nur in der Hauptverhandlung möglich ist.
- Diese Argumente zählen für mich auch, wenn es „nur“ um die Verhängung einer Geldstrafe geht, zumal auch mit dieser die Wirkungen einer „Vorstrafe“ verbunden sind, sowie andere mögliche Folgen einer Verurteilung, wie bspw. der Entzug des Führerscheins.
- Mit der Zustellung einer Strafverfügung entsteht für den Beschuldigten zwangsläufig der Eindruck, dass er vom Gericht für schuldig gehalten wird. Dementsprechend gering wird die Hoffnung sein, in einer nachfolgenden Hauptverhandlung freigesprochen zu werden, selbst

wenn aus der Rechtsbelehrung hervorgehen sollte, dass nach einem fristgerecht erhobenen Einspruch die Hauptverhandlung durch einen anderen Richter/eine andere Richterin durchzuführen ist.

- Dieser Hinweis sollte jedenfalls (ev. gemäß einer zusätzlichen Z 6 des § 491 Abs 3 des Entwurfs) in die Rechtsbelehrung aufgenommen werden müssen!
- Die Situation des Angeklagten wird zusätzlich dadurch verschlechtert, dass nicht wie einst in § 462 Abs 2 StPO a.F. zunächst der öffentliche Ankläger entscheiden muss, ob er Einspruch gegen die Strafverfügung erhebt, und erst anschließend die 14-Tages-Frist für den Beschuldigten zu laufen beginnt.
Die nun vorgesehene „gemeinsame“ 14-Tages-Frist führt vielmehr dazu, dass ein Angeklagter, der keinen Einspruch erhebt, in eine dennoch (aufgrund des Einspruches der StA) nachfolgende Hauptverhandlung quasi mit einem vorweggenommenen „Geständnis“ einsteigt.
- Da in der Vernehmung gemäß § 164 StPO die Beteiligung des Verteidigers nur beschränkt möglich ist bzw. sogar von der Beiziehung eines Verteidigers abgesehen werden kann, ist der Beschuldigte im Falle einer Strafverfügung eindeutig schlechter gestellt, als wenn er in der Hauptverhandlung (nochmals) mit anwaltlichem Beistand aussagen kann.
- Auch die Rechte der Opfer werden durch den Wegfall der HV beschnitten, insbesondere um das Recht, in der HV Angeklagte, Zeugen und Sachverständige zu befragen. Wenn es nur zu einer Vernehmung nach § 164 StPO kommt, können die Opfer an gar keiner Vernehmung teilnehmen.
- Sehr problematisch ist auch der weite Bereich, in dem Strafverfügungen ermöglicht werden sollen, nämlich grs. in allen BG- und ER-Verfahren, wobei hierunter auch der heikle Bereich von Gewalt im sozialen Nahraum fällt.
Es ist nämlich zu befürchten, dass für Laien die Unterscheidung zwischen polizeilichem Strafmandat (z.B. für Falschparken) und gerichtlicher Strafverfügung (für den Messerstich oder die Morddrohung) verschwimmt und dadurch gerichtlich strafbare Handlungen bagatellisiert werden.

Aus all diesen Gründen erscheint das angedachte Mandatsverfahren höchst problematisch und ist abzulehnen.

Auch ist nicht nachvollziehbar, welchem Zweck die Wiedereinführung des Mandatsverfahrens dienen soll, das einst wegen der schlechten Erfahrungen mit diesem Rechtsinstitut abgeschafft wurde.

Wenn eine Arbeitsentlastung angestrebt werden soll, dann ist kritisch anzumerken, dass es sich hierbei eigentlich nur um eine Verschiebung der Belastung von der Richterschaft auf die mindestens ebenso überlastete Staatsanwaltschaft handeln würde, da die StA derzeit nämlich nur in seltenen Fällen selbst Vernehmungen durchführt.

Daher würde sich das Mandatsverfahren vermutlich auch in der Praxis nicht wirklich durchsetzen



können, da es für die ohnedies sehr belastete StA mit Mehrarbeit verbunden wäre, während die Zeitersparnis nur bei der Richterschaft eintreten würde.

Wollte man Staatsanwaltschaft UND Richterschaft entlasten, ohne damit eine weitreichende „Bagatellisierung“ von gerichtlich strafbaren Handlungen zu riskieren, so ginge dies am ehesten durch gezielte Entkriminalisierungen von Bereichen, die schon jetzt als Bagatellkriminalität empfunden werden, wie etwa von Teilbereichen der Suchtmittelkriminalität, des Ladendiebstahls oder mancher fahrlässiger Rechtsgutsbeeinträchtigungen.

In der Hoffnung, dass von diesem Vorhaben wieder Abstand genommen wird,
verbleibe ich mit hochachtungsvollen Grüßen,

Ihre Katharina Beclin

Ass.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Katharina Beclin
Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien
Abteilung für Kriminologie